

## **In Kürze: Der Bundesvorstand berichtet**

### **Erste Arbeitssitzung des neuen GV**

Nach der Wahl am 29. Februar 2008 hat der neue geschäftsführende Vorstand eine Arbeitssitzung am 06./07. März 2008 in Fulda durchgeführt. Im Mittelpunkt stand dabei die Fortsetzung der Vorbereitungsarbeiten für die 100 Jahr-Feier des VLW am 18. April 2008 in Berlin.

### **Sitzung des Ausschusses Schul- und Bildungspolitik**

In seiner Sitzung am 14./15. Februar 2008 in Kassel befasste sich der Ausschuss insbesondere mit den Themen individuelle Förderung und deren Konzepte in den Ländern, Übergang von der Sekundarstufe I in das berufliche Schulwesen mit den Konzepten und Wegen in den Bundesländern, die Aussagen zur beruflichen Bildung im SPD-Grundsatzpapier, das Kaufmännische, der nationale Qualifikationsrahmen DQR sowie die Planung der weiteren Ausschussarbeit.

### **Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung 2008**

Die Qualifizierungsinitiative des Kabinetts, mit deren Hilfe 100 000 zusätzliche Ausbildungsplätze für Altbewerber bis zum Jahr 2010 geschaffen werden sollen, ist von Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden grundsätzlich begrüßt worden. Allerdings wurden Zweifel an der Durchschlagskraft der Pläne gegen den wachsenden Fachkräftemangel laut sowie Gefahren gesehen (z. B. Fehlanreize, Mitnahmeeffekte).

Über weitere Maßnahmen soll im Herbst entschieden werden, z. B. hinsichtlich Erhöhung der Studierendenquote und Halbierung der Schulabbrecherquote. Dazu trifft sich Bundeskanzlerin Angela Merkel in Sachsen mit den Regierungschefs der Länder.

In dem Maßnahmenkatalog von Bildungsministerin Schavan für die Qualifizierungsinitiative sind sieben Handlungsfelder angeführt: frühkindliche Bildung, Berufsabschluss für Jeden, Aufstieg durch Bildung, Übergang von Schule zu Hochschule, Technik und Naturwissenschaften, Chancen für Frauen sowie Weiterbildung.

### **Vergleichbarkeit der Schulsysteme der Bundesländer**

Bundesbildungsministerin Schavan hat sich für eine stärkere Vergleichbarkeit der Schulsysteme in den Ländern ausgesprochen (z. B. hinsichtlich Abschlussprüfungen, Schulbücher und Lehrerausbildung), da dies ein entscheidendes Kriterium für die Zufriedenheit mit dem Schulsystem darstelle. Allerdings hatte der Bund mit der Föderalismusreform weitgehend auf seine Rechte in der Bildungspolitik verzichtet. Nun wird wiederum ein gesamtstaatlicher Bildungspakt angestrebt, den Bund, Länder und Kommunen unterstützen sollen.

### **Pensionsalter von Lehrern**

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden gehen Lehrer im Durchschnitt mit 62,4 Jahren in Pension. Das allgemeine Renteneintrittsalter liegt bei 63,2 Jahren. Häufiger Grund für ein frühzeitiges Ausscheiden von Lehrern aus dem Beruf ist Dienstunfähigkeit. Die Einführung von Abschlägen bei der Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit hat allerdings zu

einer deutlich gesunkenen Zahl von Lehrern geführt, die wegen Dienstunfähigkeit in Pension gehen.

### **Mehr Studienabbrecher bei neuen Bachelorstudiengängen**

Anders als erhofft scheint es bei den neuen Bachelorstudiengängen an Hochschulen mehr Studienabbrecher zu geben, wie aus einer Studie des Hochschul-Information-Systems (HIS) hervorgeht. Da der Bachelorstudiengang in der Regel nach sechs Semestern zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss führen soll, ist er sehr straff organisiert. Gefordert sind eine bessere Betreuung und kleinere Lerngruppen. Eine Beratung könnte sich beispielsweise auf den Umgang mit den permanenten Leistungskontrollen und den examensrelevanten Prüfungen beziehen. Ferner bringen hohe Präsenzzeiten im Studium Probleme insbesondere für die Studierenden mit sich, die gezwungen sind, neben dem Studium zu jobben, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

SIGRID LÜDECKE